

Mit AOK & Co. gegen Fluglärm

Grenzwerte Abgeordnete
schreibt an die Kassen

■ Mainz. Im Kampf für niedrigere Fluglärm-Grenzwerte will die Mainzer Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner (Grüne) die Krankenkassen als Verbündete gewinnen. „Die Werte im Fluglärmgesetz sind zu hoch“, sagt Rößner. „Sie spiegeln nicht die Erkenntnisse der Medizin wieder.“

Echte Grenzwerte für Fluglärm gibt es bisher nicht. Das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm definiert lediglich „Schutzzone“ rund um Flughäfen. Innerhalb dieser Zonen dürfen dann keine Kitas oder Kliniken gebaut werden, außerdem gibt es baulichen Lärmschutz. Diese Schutzzone gelten im Umfeld eines Flughafens wie Frankfurt bei Tageswerten ab 60 Dezibel und 50 Dezibel in der Nacht. „Und das sind nur Durchschnittswerte“, sagt Rößner. „Die Lärmspitzen, die einen hochschrecken lassen, sind gar nicht berücksichtigt.“

Das Umweltbundesamt schätzt die Zusatzkosten der Gesundheitsschäden durch Fluglärm allein im Rhein-Main-Raum auf 400 Millionen Euro in den kommenden zehn Jahren. „Das müssen die Krankenkassen tragen“, schreibt Rößner an die Verbandsvorstände der gesetzlichen und privaten Krankenkassen. Von beiden erwartet sie nun öffentliche Stellungnahmen für eine Gesetzesänderung. ren